



Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
11.05.2016

„Willkommenskultur“ beenden – Bau weiterer „Flüchtlings“-Unterkünfte unverzüglich einstellen!

Ich beantrage:

Der Stadtrat beschließt: Die LHM stoppt mit sofortiger Wirkung alle Planungen und Maßnahmen zur Errichtung weiterer „Flüchtlings“- und Asylantenunterkünfte in München.

Begründung:

Als Reaktion auf die – ohne jede Mitwirkung der deutschen Politik – zurückgehenden Zahlen von „Flüchtlings“ und Asylbewerbern hat die bayerische Staatsregierung kürzlich die Regelung getroffen, daß Kommunen, die finanzielle Verpflichtungen für die Errichtung von Unterkünften einzugehen beabsichtigen, sich künftig vorab mit der Bezirksregierung abstimmen und eine Freigabe einholen müssen.

Die LHM möchte trotz dieser „Notbremse“ des Freistaats und trotz abnehmender „Flüchtlings“-Zahlen an der Errichtung weiterer Unterkünfte im Stadtgebiet festhalten. Konkret geht es um 25 vom Münchner Stadtrat – gegen die Stimme der BIA – beschlossene Objekte mit insgesamt rund 7.200 Unterbringungsplätzen. Das Sozialreferat argumentiert, daß teilweise bereits Mietverträge durch das Kommunalreferat abgeschlossen, Bauaufträge vergeben und/oder Zuschläge für den Betrieb erteilt worden seien. Bei einem Stopp der einschlägigen Planungen seien Schadenersatzforderungen zu befürchten; außerdem würden weiterhin Unterbringungsmöglichkeiten gebraucht.

Unabhängig von der Kostenfrage ist die Errichtung immer neuer Asylanten- und „Flüchtlings“-Unterkünfte für die LHM auch ein politisches Bekenntnis zur sogenannten „Willkommenskultur“. Diese wird von praktisch allen im Münchner Rathaus vertretenen Parteien und Gruppierungen mit Ausnahme der Bürgerinitiative Ausländerstopp (BIA) als vorrangiges politisches Ziel betrachtet und schlägt sich in

b.w.

mittlerweile 25 sogenannten „Standortbeschlüssen“ zur Unterbringung von „Flüchtlingen“ und Asylbewerbern nieder. Zahlreiche der dort dokumentierten Unterbringungsmaßnahmen sind angesichts zurückgehender Zugangszahlen inzwischen obsolet.

In einer wachsenden Zahl europäischer Länder wird die Politik der offenen Grenzen mit ihren unvermeidlichen Nebenwirkungen wie steigender Terrorgefahr, importierter Kriminalität etc. inzwischen abgelehnt. Eine europaweit wachsende Zustimmung für EU- und zugewanderungskritische Parteien und Gruppierungen ist Ausdruck dieses Trends, der sich den berechtigten Sorgen vieler Menschen verdankt.

Auch für bundesdeutsche „Willkommens“-Politiker wäre es hoch an der Zeit, der Realität und einer sich rasant ändernden Stimmungslage endlich Rechnung zu tragen. Dabei können durchaus auch auf kommunaler Ebene weithin sichtbare Signale ausgesandt und durch adäquates Verwaltungshandeln untermauert werden. Ein sofortiger Stopp aller Planungen und Maßnahmen zur Errichtung weiterer Asylanten- und „Flüchtlings“-Unterkünfte wäre in diesem Kontext eine klare Ansage. Sie würde bei der Münchner Stadtbevölkerung, die tagtäglich mit den Folgen der Massenzuwanderung konfrontiert ist, auf breite Zustimmung stoßen.



Karl Richter
Stadtrat